

Herrn

Karl Schiewerling MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Mannheim, den 15.11.2014

Gesprächstermin Union, unser Brief vom 24.09.2014

Sehr geehrter Herr Schiewerling,

am 09.11.2014 feierte Deutschland den 25. Jahrestag des Mauerfalls. Als Vorsitzender der IEDF durfte ich auf Einladung durch den Berliner Senat an dem Festakt im Konzerthaus teilnehmen.

Sie - wie auch Herr Weiß - wissen seit langem um den von uns dringend angemahnten Gesprächsbedarf. In dem o. g. Schreiben, für das eine Beantwortung jedoch noch aussteht, haben wir Sie noch einmal deutlich darauf hingewiesen.

Den Gesprächsbedarf hatte ich im Hinblick auf den 9. November und meine Anwesenheit in Berlin noch einmal konkretisiert. Am 10. November 2014 erhielt ich schließlich auf telefonische Nachfrage von Ihrem Büro wie auch vom Büro Ihres Fraktionskollegen Weiß eine erneute Absage.

Die abweisende Haltung der Politik unserem berechtigten Vorbringen gegenüber kommt nicht von ungefähr. Sie spiegelt sich in dem Bild, das die offiziellen Feierlichkeiten zum Jubiläum des Mauerfalls vermitteln: Die friedliche Revolution sei es gewesen, die die Mauer zum Einsturz gebracht und die DDR beseitigt hat. Begonnen habe es im Sommer 1989 mit den DDR-Bürgern, die über die überraschend durchlässig gewordene ungarische Grenze nach Österreich geflohen sind, und denen, die über die deutsche Botschaft in Prag ihre Ausreise nach Westdeutschland erzwungen haben. Und schließlich hätten die gewaltigen Demonstrationen in den Straßen der ostdeutschen Städte die Mauer zum Einsturz gebracht.

Diese Sicht findet sich in den Reden aller Politiker.

Alles soweit richtig. Aber eben nicht vollständig. Und damit historisch falsch.

Kein Wort über die Flucht- und Ausreisebewegung der Jahre zuvor. Die Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller waren die Vorläufer und Wegbereiter der Bürgerbewegung der DDR. Die waren mit Recht davon ausgegangen, dass die DDR nicht reformierbar ist. Die Geschichte hat ihnen nachträglich Recht gegeben. Sie hatten gewusst, dass man nicht auf die Straße gehen und protestieren konnte, dass schon das Hochhalten eines Transparentes in hohem Maße gefährlich war. Das kann jeder bestätigen, der die DDR-Verhältnisse kennt. Ihre Art des Protestes war die Flucht, sei es über die streng bewachte innerdeutsche Grenze, über die Ostsee, über eines der Länder des Ostblocks, durch einen Tunnel von Ostberlin nach Westberlin, im Kofferraum eines westlichen Transitreisenden, oder eben über die Stellung eines Ausreiseantrages.

Das alles war gefährlich, teils sogar lebensgefährlich, und mit enormen Verlusten gepaart. Das Motiv war nicht „die Banane“, wie häufig hämisch kolportiert, auch nicht unbedingt nur die Reisefreiheit als solche. Nein, es war die tief verinnerlichte Abneigung gegen die tägliche kleinliche Bevormundung durch die Obrigkeit, die Verlogenheit, die allgegenwärtige Gesinnungsschnüffelei.

Mit ihrer „Abstimmung mit den Füßen“ haben diese Menschen etwas Bemerkenswertes geleistet. Sie haben die DDR in politischer, moralischer und ökonomischer Hinsicht geschwächt und damit den Boden bereitet, dass die friedliche Revolution des Jahres 1989 überhaupt möglich war.

Warum die verengte Sicht auf das Jahr 1989? Am 9. November 1989 hat die Explosion stattgefunden. Aber die Zündschnur existierte bereits seit langem. Die ist von den DDR-Flüchtlingen und -Ausreiseartragstellern gelegt worden.

Der Herr Bundespräsident Gauck ist der einzige Politiker, der eine - wenn auch verspätete - Würdigung des Handelns dieser mutigen Menschen gewagt hat. Er hat in seiner Rede vom 9. Oktober 2014 in Leipzig folgendes gesagt:

„Und jetzt noch etwas Besonderes: Jetzt möchte ich an die Flüchtlinge und die Ausreisewilligen erinnern, deren Freiheitswillen viele damals nicht zu würdigen vermochten – ich auch nicht. Ihre Sehnsucht nach Selbstbestimmung und nach Freiheit war größer als die Angst vor dem Verlust der Heimat, von Freunden und Verwandten. Doch wir Bleibenden fühlten uns damals einfach von ihnen im Stich gelassen. Ihrem "Wir wollen raus!" hielten wir trotzig unser "Wir bleiben hier!" entgegen. Erst später haben wir begriffen, welch große politische Bedeutung auch sie für die Delegitimierung der DDR besaßen.“

Es ist zu wünschen, dass diese seine Worte auch bei Ihnen und den anderen Entscheidungsträgern der Tagespolitik Gehör finden.

Die Ignoranz, der wir bei unseren Eingaben im politischen Berlin begegnen, und die Ausgrenzung der DDR-Altübersiedler aus dem offiziellen politischen Diskurs passen erstaunlich gut zusammen. Wir wissen inzwischen, dass die Abwehrhaltung vorrangig von der ostdeutschen Seite kommt. Hier hat sich ein Vorurteil aufgebaut, dem auch mit Fakten nicht beizukommen ist. Es ist bedauerlich, dass die westdeutsche Seite sich dieser Haltung unkritisch anschließt.

Seit vielen Jahren suchen Sie und Ihre Rentenfachkollegen und -kolleginnen erfolglos im RÜG herum, in der Annahme, dort etwas über DDR-Altübersiedler zu finden. Bitte hören Sie damit auf. Denn da steht nichts drin. Das RÜG ist vom 12. Bundestag ganz eindeutig für die Bürger und Versicherten des Beitrittsgebiets beschlossen worden. Die Erwerbsbiografien der DDR-Altübersiedler waren im Rahmen ihrer Eingliederung nach geltendem deutschem Recht bewertet worden, und es gab und gibt keinen gesetzgeberischen Auftrag einer Neubewertung.

Wir appellieren an Sie: Wagen Sie einen Neustart, nachdem das System sich aufgehängt hat und nicht mehr reagiert. Das Votum des Petitionsausschusses liefert Ihnen einiges an überzeugenden Argumenten. Sie müssten nur noch den politischen Willen aufbringen, den Konflikt angemessen zu lösen.

Mit freundlichem Gruß

Dr.-Ing. J. Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)

Kopie dieses Briefes an die Abgeordneten Peter Weiß, Arnold Vaatz